

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm wohnte am Dienstag in Wilhelmshaven der Vereidigung der Marinekorps bei und hielt dabei eine zur Treue und Tapferkeit ermahnende Ansprache. Am Mittwoch gedachte sich der Kaiser nach Helgoland zu begeben.

* Die Kreuzzeitung schreibt: Wiener Blätter melden, der Herzog von Cumberland sei vom Kaiser Franz Joseph Kaiser Wilhelm während seines jüngsten Aufenthalts in Wien vorgestellt worden und Kaiser Wilhelm habe sich mit dem Herzog von Cumberland längere Zeit freundlich unterhalten. Uns wird bestätigt, daß diese Unterhaltung stattgefunden hat und keineswegs bedeutungslos gewesen ist. Trotzdem möchten wir für die weitgehenden Schlussfolgerungen, die in der Presse bereits an diesen Vorgang geknüpft werden, unsererseits die Verantwortung nicht mitübernehmen.

* Die Beförderung in dem Befinden des Admirals Fischer v. D. Soltz hält an, die Gefahr gilt für beseitigt.

* Die Hamb. Nachr. teilen mit, Fürst Bischoff sei zur Teilnahme an den Staatsratsitzungen amtlich eingeladen, habe aber aus Gesundheitsrücksichten um Dispens gebeten.

* Zur Umstrukturierung wird mehreren Organen der Mittelpartei aus Berlin gemeldet, es sollen die Beratungen in der Kommission so beschleunigt werden, daß die zweite Lesung jedenfalls noch vor Ostern stattfinden könnte.

* Die Wichtigkeit der Meldung, daß die gesetzgebenden Faktoren des Reichs noch in diesem Monat mit der Frage der Währungsreform befaßt werden dürften, wird der Post mit dem Zusatz bestätigt, daß zwar im preussischen Staatsministerium bis heute eine Entscheidung über diesen Gegenstand nicht herbeigeführt war, in dessen die Boten der Minister sämtlich eingegangen sind und die Angelegenheit so weit gefördert ist, um rasch zu einem Resultat zu kommen.

* Der angekündigte Gesetzesentwurf, der den Kommunen die Besteuerung des Wertes des Wertes oder von 5 M. für das Hektoliter, ist dem Reichstage nunmehr zugegangen.

* Die Stichwahl in Schmalkalden-Eschwege ist auf den 14. März anberaumt worden.

Oesterreich-Ungarn.

* Aus Wien kommt die etwas sensationell aufgebaute Nachricht, gegen Kaiser Franz Joseph sei gelegentlich seiner letzten Reise nach Kap Martin ein Attentat von Seiten eines österreichischen Anarchisten geplant gewesen, der dem Monarchen nachgereist war. Derselbe sei jedoch von der französischen Polizei verhaftet worden. Die ganze Nachricht, die schon wegen ihrer erheblichen Verpätung verdächtig erscheinen mußte, wird offiziell für unbegründet erklärt. Es wäre interessant, über die Quelle der Lage nähere Auskunft zu erhalten.

Frankreich.

* Die vielfach erörterte Frage, wird Frankreich die Einladung zur Kieler Feste Folge geben oder nicht, scheint nun endgültig entschieden zu sein. Wenigstens ist das „B. L. B.“ in der Lage, melden zu können: Frankreich hat die Einladung Deutschlands zur Beteiligung an der Eröffnungsfeste des Nord-Ostkanals angenommen und entsendet zwei Panzerschiffe und einen Aviso.

England.

* Der englische Admiral Hornby ist am 2. d. gestorben. Bekanntlich war derselbe während des russisch-türkischen Krieges Befehlshaber der Mittelmeerflotte und erlangte in dieser Eigenschaft die Durchfahrt durch die Dardanellen. 1881—84 war er Präsident der Marineschule in Greenwich. Längere Zeit bekleidete er auch das Amt eines Lord der Admiralsität und galt als einer der befähigtesten britischen See-Offiziere.

Belgien.

* Die Antwerpener „Opinion“ erzählt, das Ministerium sei im Begriff, die Vorlage betr.

die Abtretung des Congo-Staates zurückzuführen. Den Kammeren werde ein von einer königl. Delegation begleiteter Vermittlungs-Vorschlag unterbreitet werden, wonach dem Congo-Staat die nötigen Mittel zur Fortführung seiner Aufgaben bis zum Jahre 1900 zur Verfügung gestellt werden sollen. Von anderer Seite wird die Meldung allerdings als unrichtig bezeichnet.

Spanien.

* Die spanische Regierung hält die Lage in Cuba offenbar für sehr gefährlich und trifft Vorbereitungen zu einem großen Kampfe. Am 2. d. wurden in Cadix 6500 Mann, die jährliche Ersatztruppe, nach Cuba eingeschifft. Weitere 20 000 Mann stehen zur Einschiffung bereit. Der Ministerrat hat beschlossen, einen Kredit zur Bekämpfung des Aufstandes zu fordern.

Rußland.

* Der Kaiser von Rußland ist an der Influenza leicht erkrankt.

* Das russische Mittelmeer-Geschwader ist zur Verstärkung der Flotten-Abteilung in den ostantischen Gewässern dirigiert worden.

Balkanstaaten.

* Die Auflösung der griechischen Kammer ist nunmehr vom König verfügt worden. Die Neuwahlen sind auf den 28. April festgesetzt, die neue Kammer soll am 27. Mai d. zusammentreten.

* Mit Genehmigung des Sultans wurde am Dienstag die Leiche des am 2. d. verstorbenen Chefdive Ismail auf einem ägyptischen Schiffe, das von einem türkischen Schiffe begleitet wurde, nachairo übergeführt.

Amerika.

* Wie aus Washington gemeldet wird, sind die Kreuzer „San Francisco“ und „Marblehead“ beordert worden, die Vereinigten Staaten bei der Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals zu vertreten.

* Die mittel- und südamerikanischen Republiken kommen nie zur Ruhe. An irgend einem Punkt ist immer Bürgerkrieg. So wird jetzt wieder aus Kolumbia gemeldet: Die Regierungstruppen wurden in Cucuta von den Rebellen geschlagen. Die Rebellen bemächtigten sich der Stadt. Acht-hundert Mann wurden auf beiden Seiten getötet. Das Pulvermagazin ist in die Luft geflogen, viele Häuser wurden vernichtet.

Japan.

* Die Vorbesprechungen zu den Friedensunterhandlungen zwischen China und Japan machen gute Fortschritte; dieselben beziehen sich hauptsächlich auf den Inhalt der Beglaubigungsschreiben und Vollmachten der chinesischen Abgesandten. Es wird vorgeschlagen, daß die Abgesandten sich zunächst in Schimonoseki begegnen und daß, wenn die Beglaubigungsschreiben richtig befunden werden, die Verhandlungen in Hiroshima fortgeführt werden sollen.

Australien.

* In Hawaii wurden verschiedene Verhaftete, die der Teilnahme an der Rebellion der Royalisten überführt sind, zu Gefängnisstrafen von 5 bis 35 Jahren und schweren Geldbußen verurteilt.

Deutscher Reichstag.

Das Haus legte am Montag die zweite Beratung des Militäretats bei dem Gehalt des Ministers“ fort. Abg. Liebknecht (soz.) tritt nochmals für den sozialdemokratischen Antrag und für ein Mißverhältnis. Die Kritiker der Volksherrschaft leiten der unbedeutend und unbewiesen. Der Verfasser der angezogenen Broschüre über das schweizerische Mißverhältnis urteilt einseitig und sei auch ein Anhänger des zweiseitigen Tades. Es handele sich im Grunde nicht darum, ob Volksherrschaft oder Prätorianerherr. — Abg. C. n. e. c. e. r. u. s. (nat.-lib.) widerlegt die Ausführungen Liebknechts über die Kosten des schweizerischen Mißverhältnisses und fragt dann, ob denn dasselbe schon in einem Kriege erprobt wäre? Schon Schwyz hat ohne weiteres auf ein anderes Land übertragen werden könne. Die ganze Entwicklung unseres Heeres sei gerade das Gegenteil von Prätorianerthum. Wir haben ein Volk in Waffen; bei 2%, Millionen Streikern könne von

einer Prätorianer-Armee nicht die Rede sein. — Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) hofft, daß man mit unterm Heere, auf das wir stolz sein können, nicht irgendwie experimentiere. Das Reformieren hier und da angebracht wäre, befristet die Fremde der Armee selbst nicht. So zeigt z. B. unter Unvollständigen-Berufungswesen Mißstände. Die vielen Petitionen von Invaliden bezeugen das. Vielleicht empfehle sich statt ihrer eine Revision der ganzen Invaliden-Gesetzgebung. — Generalleutnant v. Spitz beantwortet die Anfrage bezüglich der Fürsorge für Invaliden. Die Anforderungen an die Reichsfinanzverwaltung seien zu weitgehend, um sofort an eine solche Reform zu gehen. Im übrigen müßte die Militärverwaltung abwarten, bis formulierte Anträge vorlägen. — Abg. Bebel (soz.): Der Antrag auf Einführung des Mißverhältnisses werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Die Armee dürfe nicht unter Umständen ein Werkzeug der Gewalt gegen Volk und Freiheit sein. Redner beschließt sich dann mit dem bekannt gewordenen Erlaß des Kriegsministers über die Nichtbeschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter in Betrieben der Militärverwaltung. Er müsse gegen diesen Erlaß den allerentschiedenen Einspruch erheben. Die ungenügende Mehrheit der Arbeiter in den Militär-, Marine- und Eisenbahn-Betrieben sei sozialdemokratisch gesinnt, wie die letzten Wahlen bewiesen hätten. Redner verbreitete sich über das Duellwesen, das mit Religion, Sitte und Moral im Widerspruch stünde. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwidert bezüglich des Erlasses wegen Nichtbeschäftigung von Sozialdemokraten in militärischen Betrieben, daß derselbe sehr notwendig gewesen wäre. Redner berührte dabei die Anwendung und Veröffentlichung amtlicher Aktenstücke und betonte, daß ein Beamter, der ein Schriftstück fiele, auch zum Landesverrat fähig sei. — Abg. Pachnidé (freis. Bgg.) bemerkte, daß er und seine Partei den Ausschluß von sozialdemokratischen Arbeitern nicht billigen könnten. — Abg. Bebel (soz.) nahm zunächst die Beamten, die solche Erlasse an die sozialdemokratischen Zeitungen gelangen lassen, in Schutz; man könne sie nicht, und sie erhielten niemals Geld. — Abg. Köfide (wid.) würde es für einen Fehler halten, wenn die Militärbehörden den Unternehmern die Verpflichtung auferlegten, keine sozialdemokratischen Arbeiter zu beschäftigen. — Der Kriegsminister erwiderte, beratige Vorbehalte mache auch die Militärbehörde gegenüber den Unternehmern gar nicht. — Abg. Nicker: behauptete, daß die Kommission den Stadverwaltungen gegenüber oft große Härte an den Tag lege. — Der Kriegsminister sagte Erleichterungen in bezug auf das Kanongesetz zu. Das Ministergehalt wurde darauf bewilligt, der Antrag der Sozialdemokraten betr. die Mißverordnung abgelehnt. Bei Kap. 17 (Militärgehalt) traten die Abg. Lingens (Zentr.) und Schall (kons.) für Vermehrung der Militärgehalt ein; ersterer wünscht die Parität auch auf diesem Gebiet mehr gewahrt zu sehen; Abg. Schall ist der Meinung, daß das bereits jetzt zur Genüge gelte.

Am Dienstag wird die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff kommt auf ein am Montag von Abg. Bebel angeführtes Duell zurück und erklärt, daß der Schuldige zu zwei Jahr Gefängnis verurteilt sei. Durch die Gnade des Kaisers sei die Strafe ermäßigt worden, aber man möchte doch nicht das Gnadenrecht der Krone kritisieren, wo man noch nicht wüßte, ob es nicht eines Tages der Sozialdemokratie zu Nutzen kommen könnte. — Abg. Bebel (freis. Bgg.) wendet sich gegen die Militärgerichtsbarkeit sowohl wegen ihrer Zusammenfassung als wegen des geheimen Verfahrens. — Abg. Bebel (soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Kriegsministers. Er könne nicht darauf verzichten, Abwesende anzugehen, anderenfalls könnten die meisten Mißstände im Reichstage gar nicht zur Sprache gebracht werden. Was nun das Gnadenrecht betreffe, so erkenne dasselbe keine Partei nicht an; wenn eines ihrer verurteilten Mitglieder etwa die Gnade des Landesherren anrufen würde, so werde es aus der Partei ausgeschlossen. Bezüglich der Reform des Militärstrafprozesses erhalte man seit 25 Jahren nichts als Betrostungen. Im Falle Wendlandt habe die Militärverwaltung in unerhörter Weise die bürgerliche Strafe verhärtet. Die Verhandlungen in der Armee dauerten trotz aller hohen Erlasse und der darin ausgesprochenen löblichen Grundsätze fort. Hieran sei das ganze System schuld, besonders auch die milden Strafen, die auf Mißhandlungen gesetzt seien. Die Reform der Gerichtsbarkeit wird das Heer vor dem Umsturzgefahr. — Abg. Lenemann fragt auch seinerseits wegen der Reform des Militärstrafprozesses an, namentlich ob dadurch die Mündlichkeit und die Öffentlichkeit eingeführt werden soll. Noch wichtiger als diese Reform sei die Reform des Beschwerdeorgans. — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff verweist bezüglich der Militärstrafprozess-Reform auf seine Erklärung

wom vorigen Jahre; er habe die ehrliebe Absicht, das Werk zu Ende zu bringen. Der Minister ging dann auf die Rede des Abg. Bebel ein. Er habe es nie bestritten, daß Soldatenmishandlungen vorkämen, man habe auf alle Weise dem Uebel abzuwehren. — Abg. v. Bollmar (soz.) kritisierte die unzureichende Beschwerdeordnung. Die Mißhandlungen seien die Folge der Überanstrengung. — Der Kriegsminister erwiderte, eine Beschwerdepflicht bestände in unserer Armee nicht, nur ein Beschwerderecht, über dessen Umfang und Anwendung kein Soldat ohne Instruktion bleibe. — Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.) trat ebenfalls für eine Reform der Militärstrafprozessordnung ein. — Abg. Bebel (soz.): Trotz dem Herrn Kriegsminister behaupte ich, daß nach wie vor wegen Nichterstattung der Beschwerde Strafen verhängt werden. Der Herr Kriegsminister hat aber zu den schwebigen Versicherungen meines Parteigenossen Bollmar gegen die Offiziere, die sich Mißhandlungen zu Schulden kommen lassen geschwiegen. Die von mir vorgebrachten Tatsachen hat er nicht entkräftet, er hat mir nur Leichtsinnigst vorgeworfen. Das ist kein Gegenbeweis. — Generalauditeur Jienbach bemerkte, daß wegen Nichterstattung einer Beschwerde unmöglich jemals eine gerichtliche Verurteilung erfolgt sein könnte. Die neue Beschwerdeordnung werde in ausreichender Weise zur Kenntnis der Mannschaften gebracht. Die Soldatenmishandlungen nähmen doch sicher in qualitativer Beziehung ab, die Strafe erfolge auch in jedem Fall durch die Kriegsgerichte. — Abg. von Kardorff (freis.): Daß bei einer so großen Armee auch hier und da Mißhandlungen vorkämen, sei menschlich, auch in der Schweiz habe es nicht daran. Wenn die Leute ihre zwei Jahre in der Armee gebient hätten, kehrten sie zwar oft gern wieder an den häuslichen Herd zurück, seien aber auch stolz auf ihre Militärgelt. — Abg. Graf von (freis.) sprach sich in demselben Sinne aus. — Abg. Bebel suchte die Behauptungen der drei Redner zu widerlegen, worauf die Debatte geschlossen und das Kapitel genehmigt wurde. — Beim Kapitel „Gouverneure und Kommandanten“ kam der Kriegsminister kurz auf den Antrag der Kommandantur in Altona zu sprechen, worauf dieser Titel an die Subjekt-Kommission zurückverwiesen wurde.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus benannte am Montag die Beratung des Kultusetats. Beim Kapitel „Medizinale“ leitete der Regierungsvorredner mit, daß die Arbeiten an der Medizinale reforme keineswegs im Stillen geraten seien, indes gehalten die Finanzen kein rasches Vorgehen. Bezüglich der Apothekenfrage erklärte Ministerialdirektor Bartsch, daß der dem Bundesrat vorliegende Entwurf einer einheitlichen Regelung für das ganze Reich vor allem auf dem Grundsatze der Regionalorganisation beruhe. Auch eine neue Medizinale würde den Ärzten zur Prüfung vorgelegt werden.

Am Dienstag erledigte das Abgeordnetenhaus den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Die Debatte geriet sich zum Teil in Einzelanforderungen von nur lokalem Interesse. Ferner kam es zu einer nachträglichen Besprechung des Teils der Interpellation Bartsch, der die billigere Abgabe von fiskalischen Kalialgen im Interesse der Landwirtschaft forderte.

Von Nah und Fern.

Ein Fall von Gehorsamsverweigerung aus Religionsbedenken, der sich im Kaiser Alexander-Gardegrenadierregiment zu Berlin abgespielt, hat großes Aufsehen hervorgerufen. Im Herbst wurde in das Regiment ein schaffischer Rekrut namens Erdner eingekleidet, der zur Sekte der Menoniten gehörte. Diese Sekte verwirft den Eid und den Krieg. Bei der Vereidigung machte Erdner schon Schwierigkeiten. Als aber den Rekruten die Gewehre übergeben wurden, weigerte er sich, das selbige anzunehmen, worauf der Gebrauch der Waffe mit seiner Religion nicht vereinbar könne. Die Folge war, daß er wegen Gehorsamsverweigerung mit zwei Monaten Festungsarbeit bestraft wurde. Am 2. d. wurde er wieder in den Truppenteil eingestuft. Sonntag morgen ist er jedoch bereits wieder in das Militärarresthaus eingekerkert worden, weil er auf die Frage des Kommandanten, ob er jetzt das Gewehr annehmen wolle, mit „Nein“ erwiderte.

Der Buchhalter der Bismarcksche Güterverwaltung wird vermisst. Herr Friedrich Sekretär der Bismarckschen Güterverwaltung, ein 60 Jahre alter Herr, wollte einen Absteher nach Berlin machen, doch ist jede Spur von ihm verlore.

Gekettet.

Hilba beobachtete ihren Mann während Witter Bettersons Erzählung. Er hörte aufmerksam zu und ergriff sehr ruhig das Wort: „Ich habe die arme Miß Nothyn sehr gut gekannt; sie war mit meinem Partner in Australien verheiratet. Er starb bald darauf und beschwor mich sterbend, der Frau in Fällen der Not beizustehen; allein niemand erfuhr ihren Aufenthalt. Zur Zeit des Todes war sie nicht bei ihrem Gatten. So konnte ich mein Versprechen nicht einlösen, bis ich wenige Tage vor meiner Verheiratung von ihr nach Edinburgh zitiert wurde. Ich begab mich sofort zu ihr, in derselben Nacht brach in dem Hause Feuer aus, wo sie Zimmer des obersten Stockwerkes bewohnte, und sie kam in den Flammen um.“ Terry klaffte mitleidig: „O, wie schrecklich!“ Hilba sah still da. Erdumte sie überhörte sie wirklich ihren Mann diese Lügen mit dreier Stirn vortragen? Witter Betterson fragte: „Und man weiß bestimmt, daß das unglückliche Wesen verbrannt ist?“ Betterson antwortete düster: „Weider ja, es waltet darüber kein Zweifel.“ „So ist dies einmal wieder der Beweis“, bemerkte Witter Betterson, „daß es Ähnlichkeiten zwischen völlig fremden Menschen gibt, die zu den wunderbarsten Verwechselungen führen können; denn nicht nur die Stimme, auch die Gestalt, besonders aber die Augen der Miß

Fischer gleichen der armen Miß Nothyn. Es existieren eben Rätsel in dieser Welt; doch genug davon, ich sehe, wir werden alle trübsinnig bei diesen Betrachtungen, und ich trage die Schuld daran.“ „Sie haben recht“, stimmte Betterson zu, „lassen Sie uns das Thema abbrechen; wir haben heute noch viel zu besprechen wegen Ihrer Hochzeitfeier, und da Sie, wie Sie mir so bestimmt erklärten, noch vor Abend nach London zurückfahren wollen, so bleibt uns nicht viel Zeit zur Feststellung dieser wichtigen Arrangements.“ Es wurden denn auch an diesem Tage alle Verabredungen wegen der Hochzeit des glücklichen Brautpaares getroffen, und sofort am folgenden Morgen begannen die Bestellungen für Terry Ausstattung, welche auf das geschmackvollste und reichlichste beschafft wurde. Hilba sowie ihr Gatte vergaßen auf Augenblicke ihr eigenes Leid in der Sorge für das Glück Terry's, welche alle Güte mit der warmsten Dankbarkeit und Liebe lohnte. Der Hochzeitstag wurde durch das Wetter begünstigt. Freundlicher Sonnenschein beleuchtete die weiße Erde; der Sonnenschein der Liebe verklärte die Hitze der schlichten Braut wie des braven Bräutigams, und voller Glück und Dank nahmen beide Abschied von dem gütigen Schlossherren auf Gruwald und seiner Gattin. Diese trübsinnig bald darauf für ihren Weibnachtsaufenthalt bei den Madenzies. Hilba hatte noch viel wegen ihrer Armen und Kranken im Dorfe zu schaffen und mit Mißreth Burtenshaw Rat zu fliegen, damit ihre Abwesenheit nicht zu schmerzlich empfunden werde; auch für Miß

Fischer sorgte sie in liebevollster Weise, denn diese hatte ihren Besuch in Gruwald zum Weibnachtsfest zugesagt, da während dieser Zeit eine Nichte der kranken Freundin ihre Stelle vertreten werde. Zu Hilbas Erstaunen nahm Mißreth Burtenshaw die Nachricht von Miß Fiskers Besuch durchaus nicht freudig auf, sondern meinte, wenn Mißreth Hayes nun doch einmal in der Ferne das liebe Fest feiern, so würde sie es vorgezogen haben, es mit ihrem Mann und ihrer Gemeinde allein zu feiern. Hilba hatte die Mitteilung der guten Frau Rektor erst im Augenblick vor ihrer Abreise gemacht, um ihr noch vor der Trennung eine angenehme Ueberraschung zu bereiten; aber Mißreth Burtenshaw lehnte beinahe verächtlich zu ihrem Gatten zurück, nachdem sie das Haynesche Ehepaar hatte abweisen sehen. „Denke nur, Philipp“, sagte sie, „nicht nur daß Hayes' fortgehen, nein, man muß auch noch diese Miß Fischer und das Fest verderben.“ Mißreth Burtenshaw drohte seiner Frau mit dem Finger: „Aber Mann, was hat dir die gute Miß Fischer gethan, daß deine ehemalige Freundschaft sich in Abneigung verwandelt hat?“ „Ich belästige dich nicht gern mit dem Klatsch der Frauen, liebes Mädchen; doch als ich dich bisher, da Miß Fischer zudem aus Gruwald gewichen war. Nun aber will ich dir doch erklären, was mein Urteil über sie so geändert, oder besser mein anfängliches nur laßes Mißtrauen bestätigt hat. Ich versichere dich, sie ist es, die Unheil über unsere liebe Schlossherrschaft sündet und — schafft.“ „Das ist ein harter Vorwurf, Frau.“

„Dart, aber wahr. Höre: Als damals die junge Madenzie Gast im Schloß war, da saßen unsere Nächstbenachbarten, hat ich Mißreth Hayes, meine Einladung dazu an Mißreth Hayes zu übermitteln. Da erfuhr sie mich davon Abstand zu nehmen, weil Mißreth Hayes alle Vereinsthätigkeit verabschiedet. Vor wenigen Tagen nun spreche ich mein Bedauern darüber zu Mißreth Hayes aus. Da sieht sie mich verwundert an und sagt, Mißreth Hayes hat erst kürzlich geäußert, sie würde sich so gern unterm Nächstbenachbarten und habe es schmerzlich empfunden, nicht dazu aufgefordert zu sein; habe sich aber vorgenommen, sich im nächsten Jahre geradezu anzubieten.“ Der Rektor nahm bei diesem Bericht Mißreth Hayes an dem Munde und sah seine Frau ganz erschrocken an. „Das ist ja eine Unmöglichkeit. Was kann die Dame zu solcher Unwahrscheinlichkeit einen Grund haben?“ Mißreth Burtenshaw fuhr erregt fort: „Denn weiter. Als sie nun hier bei meinen Füßen saß, deutete sie an, daß es Mißreth Hayes gelegen komme, ihre Gesellschaft einige Stunden zu entbehren; sie habe nämlich Besuch von einem Jugendfreund, da sei die Gegenwart des Dritten überflüssig. Siehst du, lieber Mann, seitdem Mißreth man hier und dort über Mißreth Hayes Verhältnis zu dem Herrn Madenzie, das verhandelt nur Mißreth Fischer, die wahre Ursache hätte, der guten Mißreth Hayes zu sein.“ „Das ist ja eine Schlingel, gerade eine Schlingel!“ rief Mißreth Burtenshaw trübsinnig.